

Positionspapier Unternehmerisches Wien

Herausforderungen

Wien bietet Unternehmen eine ausgezeichnete Infrastruktur und eine Vielzahl von Forschungseinrichtungen. Trotzdem verlassen produzierendes Gewerbe und Industrie nicht nur Wien sondern auch Niederösterreich. Die seit 2009 sinkende Forschungsquote und die Halbierung der Patentanmeldungen von Wiener Unternehmen seit 2006 belegen die abnehmende Attraktivität des Standorts Wien für innovative Produktions- und Dienstleistungs-unternehmen.

Wien weist eine im internationalen Vergleich hohe F&E Quote auf. Da konkurrierende Metropolregionen die Zukunftsfaktoren Bildung, F&E-Quote, Innovation und digitale Infrastruktur stärker forcieren, fällt Wien in Standortrankings zunehmend zurück. Im Bundesländervergleich ist Wien gemeinsam mit Kärnten Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum der vergangenen 15 Jahre und Spitzenreiter bei der Arbeitslosenquote.

Die Budgetpolitik der Gemeinde Wien der letzten Jahre führt zu einem ständig wachsenden Schuldenberg statt finanziellen Spielraum für Infrastruktur und Bildung zu schaffen. Kostenüberschreitungen bei Prestigeprojekten wie dem KH Nord reduzieren den budgetären Spielraum weiter.

Wien hat das Problem zu gering Qualifizierter am Arbeitsmarkt erkannt. Die Maßnahmen greifen aber nicht, da der Anteil der Wiener Arbeitslosen, die nur einen Pflichtschul-abschluss haben, seit Jahren konstant über 50% der Gesamtarbeitslosigkeit liegt. Wien weist eine unter westeuropäischen Metropolen übermäßig hohe Quote von Arbeitskräften ohne Berufsausbildung und eine einzigartig geringe Quote an Hochqualifizierten auf.

Die Lohnnebenkosten liegen in Österreich um rund 6% über dem EU-Durchschnitt. Die direkten Lohnnebenkosten betragen in Österreich 31% der Bruttolohnsumme, in Wien kommen durchschnittlich weitere 0.23% durch die U-Bahnsteuer dazu. Deutsche Arbeitgeber_innen zahlen nur 21% direkte Lohnnebenkosten. Die im Vergleich zu Deutschland um 10% höheren Lohnnebenkosten kosten Österreich direkt über 140.000 Arbeitsplätze.

Verschuldung, Arbeitslosigkeit und abnehmende Attraktivität des Wirtschaftsstandorts erfordern strukturelle Reformen statt weiterer Regulierungen. Mit Stand 2016 werden Wiener Unternehmen durch 603 Wiener Landesgesetze reguliert und

zusätzlich mit sinnlosen oder redundanten Berichtspflichten an die Gewerbebehörde belastet. Neue Unternehmensformen wie Sharing Economy werden nicht als Zukunftschance gesehen sondern mit Misstrauen betrachtet.

Vision

Dienstleistungen für Unternehmen und Transparenz sind das Leitbild der öffentlichen Verwaltung. Genehmigungsverfahren werden von öffentlichen oder zertifizierten privaten One-Stop-Shops transparent und rasch abgewickelt. Unternehmen werden wie Kunden und nicht wie Bittsteller behandelt.

Bei Anlagengenehmigungen werden nur mehr Rechtsnormen angewendet, die Arbeitssicherheit und Industrieemissionen nach Definition der Industrieemissionsrichtlinie 2010/75/EU betreffen. Vorschriften für Betriebsanlagen enthalten ausschließlich evidenzbasierte Benchmarks, die im Betrieb der Anlage für eine Genehmigung zu erreichen sind.

Reformen bringen Rechtssicherheit für Unternehmen und reduzieren den Verwaltungsaufwand. Für Industrie und Gewerbe gilt ein bundesweit einheitliches Industrieemissionsgesetz, das evidenzbasierte Benchmarks definiert und das bundesweit einheitlich vollzogen wird.

Eine gestraffte und grundlegend reformierte Gewerbeordnung garantiert allen volljährigen Bürger_innen den freien Zugang zum Gewerbe. Befähigungsnachweise sind nur mehr für Tätigkeiten notwendig, die Leib, Leben oder Finanzen der Stakeholder gefährden. Berichts- und Meldepflichten an die Gewerbebehörde entstehen nur mehr bei Ereignissen, die Arbeitssicherheit und Schadstoffemissionen durch Betriebsstörungen betreffen.

Sharing Economy bringt Innovation und Arbeitsplätze nach Wien zurück und wird als Chance und nicht als Gefahr wahrgenommen. Unternehmen der Sharing Economy sind ein selbstverständlicher Teil des Wirtschaftskreislaufes. Klare rechtliche Normen schaffen Rechtssicherheit für Unternehmen und Konsument_innenschutz für die Nutzer_innen. FabLabs und Makers Economy Plattformen sind die Basis einer florierenden Szene innovativer Start-Ups, EPU's und KUs aller Branchen. Der Anteil der Produktion und produktionsnaher Dienstleister an der Wiener Wirtschaftsleistung steigt auf das Niveau von Stuttgart und München (>60%) und schafft dringend benötigte Arbeitsplätze für Arbeitslose aller Qualifikationsstufen.

Wirkungsorientierte Qualifikationsprogramme (re)integrieren Migrant_innen, Langzeitarbeitslose und Wiedereinsteiger_innen in den Arbeitsmarkt. Der Anteil der erwerbsfähigen Personen, die keine über den Pflichtschulabschluss hinausgehende Ausbildung haben, sinkt durch gezielte Förderung der beruflichen Höher-Qualifikation auf

unter 5%. Qualifikations- und Integrationsprogramme für Asylwerber_Innen werden individuell auf Kompetenzen und Nachfrage am Arbeitsmarkt abgestimmt.

Die Beschäftigungsquote der erwerbsfähigen Personen in Wien steigt mittelfristig durch gezielte Qualifizierungsprogramme auf über 80%. Die steigende Beschäftigungsquote verringert den Bundeszuschuss zur Pensionsversicherung und senkt die Kosten für Arbeitslosengeld und Mindestsicherung.

Maßnahmen

Gesetzesflut reduzieren und Verwaltung vereinfachen

8 von 10 CFOs sehen in zunehmenden Regulierungen das größte Zukunftsrisiko für den Wirtschaftsstandort Österreich. Der Doing Business Report der Weltbank 2016 führt Österreich in der Kategorie Unternehmensgründung nur an Platz 106 von 210 bewerteten Ländern und Regionen. Unternehmensgründungen dauern in Österreich um 1/3 länger als in Tschechien und doppelt so lange wie in Deutschland und der Slowakei.

Deswegen fordern wir:

- Rechtssicherheit und Verwaltungsvereinfachung: Zahl der Änderung der Rechtsnormen reduzieren (Wien hat in den letzten 15 Jahren die Bauordnung 26mal geändert, Vorarlberg 15mal, OÖ 6mal)
- One in – Two Out: für jede neue Wirtschaftslenkungsmaßnahme werden zwei alte aus demselben Rechtsgebiet gestrichen
- Sunset Clause auf allen Gesetzgebungsebenen – Wirtschaftslenkungsmaßnahmen laufen automatisch nach 10 Jahren aus
- Qualität der Gesetzgebung verbessern – ungenau definierte Verfahren und Vorschriften mit großen Ermessensspielräumen verursachen Behördenwillkür
- Rechtsanspruch auf Betriebsanlagengenehmigung bei Nachweis der Erfüllung aller Rechtsnormen durch Gutachten fachlich zuständiger Ziviltechniker, gerichtlich beeideter Sachverständiger oder zertifizierte Prüfanstalten
- One Stop Shops in Fragen zu Genehmigungen, Gewerbeberechtigungen, Förderungen, Steuernummer und Firmenbucheintragung in Gewerbezentren, die alle notwendigen Schritte erledigen können
- Ausgenommen Arbeitsunfälle und Betriebsstörungen, die zu gesundheits- oder umweltgefährdenden Emissionen führen, entfallen alle Anzeigepflichten an die Gewerbebehörde

Sharing Economy ist eine Zukunftschance für die Stadt

Sharing Economy bedeutet viel mehr als nur das Teilen von Produkten und Dienstleistungen. Es eröffnet ein neues Unternehmensfeld mit zahlreichen Marktchancen und enormem Wachstumspotenzial: AirBnB wird von Millionen Menschen in fast 200 Ländern genutzt. Hohe Investitionen, signifikantes Umsatzwachstum sowie die steigende Teilnahmebereitschaft der Konsument_innen insgesamt verdeutlichen den Erfolg und das enorme Potenzial der Sharing Economy.

Deswegen fordern wir:

- Gleiche Rechte und gleiche Pflichten für Sharing Economy und Old Economy
- Makers Economy Plattformen nach dem Vorbild des makerSQR nach Wien holen
- Sharing Economy Stiftung für Anstoßfinanzierungen nicht gewinnorientierter, aber kostendeckender FabLabs nach dem Vorbild des Kennis Park in Twente, NL für Digital und Additive Manufacturing einrichten
- Flächenangebot für Sharing Economy schaffen: Stadtbahnbögen zwischen Heiligenstadt und Spittelau, leerstehende Hallen im Industriegebiet Inzersdorf
- Keine ideologische Bewertung der Sharing Economy und der Old Economy – Wien kann sich keine weiteren Betriebsabwanderungen und Arbeitsplatzverluste mehr leisten
- Innovative EPU's gestalten die Arbeitsplätze der Zukunft: Betriebsflächen für Sharing Economy in Erdgeschoßzonen einplanen und gemischte Büro/Wohnraum-Nutzungen vorsehen
- Innovation findet in EPU's nicht nur zwischen 9 und 17h statt – Betriebszeiten freigeben, wenn keine Beeinträchtigung der Anrainer nach § 74 GewO vorliegt

Wirkungsorientierte Qualifikations- und Integrationprogramme

Zu geringe Qualifikation für den Arbeitsmarkt ist in Wien kein reines Migrationsthema. 2015 waren 30% der 65.000 arbeitslosen Wiener_innen, die maximal die Pflichtschule abgeschlossen haben, Österreicher_innen. Asylberechtigte weisen hingegen nach dem Kompetenzcheck des AMS 2015 nach Herkunft alle Qualifikationsspektren von hohen Anteilen an maximal Pflichtschul- bis zu hohen Anteilen an Hochschulabsolvent_innen auf.

Deswegen fordern wir:

- Evidenzbasierte Lösungsansätze zu Migration, Qualifikation, (Re)Integration und Residenz
- Individuell an Kompetenzen und Erfordernisse des Arbeitsmarkts angepasste Qualifikations- und (Re)Integrationsprogramme für Migrant_innen und österreichische Staatsbürger_innen
- Train the Trainers: Förderungen, Beratungs- und Ausbildungsangebote von AMS und WAFF an die moderne Arbeitswelt anpassen
- Bezug der Mindestsicherung für In- und Ausländer_innen mit Qualifizierungsvereinbarungen zu beruflicher Weiterbildung und Spracherwerb verbinden
- Gartenschlauch statt Gießkanne: Bagatellförderungen wie z.B. den WAFF-Bildungsbonus streichen und berufliche Höherqualifizierung (z.B. Berufsreifepflicht) forcieren
- Keine sektoralen Arbeitsverbote: Verdrängungswettbewerb am Wiener Arbeitsmarkt durch lebenslanges Lernen vermeiden

Mehr Freiheit für Handel und Tourismus, Kleinunternehmen entlasten

Der Gesetzgeber und die Kammern bestimmen darüber, wann Unternehmer ihre Läden öffnen dürfen und bevormunden damit sowohl Unternehmer als auch ihre Kunden. Gastwirte leiden unter zunehmender Regulierung und undefinierten Kriterien bei der Genehmigung von Schanigärten. Obwohl die Nächtigungszahlen in Wien steigen, liegt Wien deutlich hinter Prag und nur mehr gleichauf mit München, gleichzeitig sinken die Verweildauer und damit auch die Umsätze.

Deswegen fordern wir:

- Völlige Entscheidungsfreiheit der Unternehmen, wann sie aufsperrten wollen!
- Öffnungssaison für Schanigärten freigeben und möglichst mehrjährige Genehmigungen für Schanigärten, die zumindest die der AfA zugrunde gelegte Nutzungsdauer des Schanigarteninventars umfassen
- Nachvollziehbare und einheitliche Genehmigungsverfahren für Schanigärten
- Volle Transparenz bei den Entscheidungen und damit Rechtssicherheit für die Antragstellenden.
- Klare und unbürokratische Lösungen für ganz Wien und gleich hohe monatliche Kosten für die Öffnung in den Wintermonaten
- Ermessensbestimmungen wie „ausgewogenes Verhältnis zur umgebenden Situation und der Größe des Lokals angemessen“ für Schanigärten konkretisieren

- Transparente Zuweisungen und klare Rahmenbedingungen in marktbehördlichen Bewilligungsverfahren auf den Wiener Detailmärkten
- Heurigenchutzzone einrichten, damit der Bestand der Heurigenkultur gesichert wird
- Freigabe der Anrainerparkplätze für die Dauer einer Ladetätigkeit und Halbierung der Kosten für die pauschale Entrichtung der Parkometerabgabe auf 1272 Euro p.a
- Vereinfachte Voraussetzungen für Betriebe zur Erlangung der Parkkarte für Betriebe (Ausnahmebewilligung) auch für mehr als ein Fahrzeug pro Betrieb
- Garagengesetz für Betriebe sinnvoll reformieren: Zahl der Beschäftigten als Maß für die Stellplätze anstelle der Betriebsflächen, erforderliche Stellplatzzahl bei gutem Anschluss an öffentliche Verkehrsmittel reduzieren
- Neue Geschäftsfelder im Geschäftstourismus erschließen und Messestandort ausbauen
- Großkongresse in Wien halten, Abhängigkeit von Großkongressen durch Forcieren kleinerer Veranstaltungen verringern
- Ein Anteil der Gebrauchsabgaben für Schanigärten fließt an die Bezirke

Freier Zugang zu unternehmerischer Tätigkeit

Das Gewerberecht ist heute kein Instrument zur Qualitätssicherung sondern des Protektionismus. Das Gewerberecht behindert die unternehmerische Entfaltung, weil es in Kategorien des 19.-20. Jahrhunderts denkt und die technischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte völlig verschlafen hat.

Deswegen fordern wir:

- Die Gewerbeordnung muss von Grund auf reformiert werden und ins 21. Jahrhundert transportiert werden
- Freier Zugang zum Gewerbe, Befähigungsnachweise nur mehr für Tätigkeiten, die direkt Leib, Leben oder Finanzen betreffen
- Kammerstruktur grundlegend reformieren und Zwangsmitgliedschaft für alle Kammern durch schrittweises Opting Out abschaffen
- Kammerumlage 2 sofort abschaffen

Lohnnebenkosten und Abgaben senken – Bagatellsteuern streichen

Die österreichischen Lohnnebenkosten gehören zu den höchsten weltweit. Allein die U-Bahnsteuer kostet Wien 1000 Arbeitsplätze, die im Vergleich mit Deutschland um 1,5fachen Arbeitgeberbeiträge kosten Österreich direkt ca. 140.000 Arbeitsplätze.

Aufgrund der hohen Lohnnebenkosten ist in Österreich ein jährliches Realwachstum von 2.5 - 3% notwendig, um die Arbeitslosenquote zu senken. In Deutschland genügen 0.8 - 1%.

Deswegen fordern wir:

- 23.000 neue Arbeitsplätze durch die Senkung der Lohnnebenkosten:
 - Streichen der Kommunalsteuer, des Wohnbauförderungsbeitrags und der KU2,
 - Streichen der U-Bahnsteuer und der Lustbarkeitsabgabe,
 - Reduktion des Dienstgeberbeitrags zum FLAF, der AK-Umlage und des Unfallversicherungsbeitrags
 - und die Umstellung der Finanzierung von Gemeinden und Ländern auf einen autonom eingehobenen Anteil an Lohn- und Einkommenssteuern
- Alle Steuern und Abgaben mit einem Ertrag unter 10 Mio. € auf das Verhältnis von Verwaltungsaufwand zu Einnahmen evaluieren
- Steuerfinanzierte Pensions- und Urlaubsprivilegien der Wiener Magistratsbediensteten abschaffen
- Schuldenbremse nach Schweizer Vorbild in Wien in die Verfassung implementieren
– Schulden von heute sind die Lohnnebenkosten, Steuern und Abgaben von morgen